

# Staudinger und Windkraft

## SPD mit Fragen zur Energiepolitik

Hainburg/Seligenstadt

(paw) ■ Mitglieder der SPD-Fraktion in der Regionalversammlung Südhessen kamen zu einer Stippvisite nach Hainburg und Seligenstadt, um sich einen Eindruck über die Stimmung in den beiden Ostkreiskommunen verschaffen, die direkt von energiepolitischen Entscheidungen betroffen sein werden. Mit Blick zum Kraftwerk Staudinger auf der anderen Mainseite informierte der Sprecher der Bürgerinitiative gegen den Ausbau des Kraftwerkes, Winfried Schwab-Posselt, die südhessischen Kommunalpolitiker über die grundsätzliche Kritik der BI an den Planungen und die Erwartungen an eine zukünftige Energiepolitik. „Das Thema ist noch nicht ausgestanden. Wir sind in der BI nach wie vor optimistisch, dass die Ausbaupläne des Kraftwerks gestoppt werden können“, erklärte Schwab-Posselt vor den Sozialdemokraten. Dabei sei die BI „Stopp Staudinger“ in ihrem Engagement neutral und

„kein Wahlverein“ für die politischen Parteien im bevorstehenden Wahljahr 2009. „Gleichwohl fordern wir von den Politikern, dass sie Farbe bekennen und den Menschen in der Region keine leeren Versprechungen machen.“ Gerhard Weinrich, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Regionalversammlung, erinnerte daran, dass sich seine Fraktion wegen der Bedeutung des Kraftwerkausbau stets für die Durchführung eines Landesübergreifenden Raumordnungsverfahrens eingesetzt habe: „Erst damit wurde über die energiepolitischen Optionen eine öffentliche Debatte möglich.“ Eine inhaltliche Festlegung der regionalen SPD sah er trotz Befürwortern des Ausbaus von einigen Kommunalpolitikern aus den eigenen Reihen im Main-Kinzig-Kreis nicht. „Das sind nur Einzelmeinungen und in keiner Weise bindend für den weiteren Diskussionsprozess bei den Sozialdemokraten.“ Für die SPD stehe fest, dass nur ein ener-



Mitglieder der SPD-Fraktion in der Regionalversammlung Südhessen diskutierten mit Gegnern des Staudinger-Ausbau. Foto: paw

gisches Umsteuern in der Energiepolitik hin auf einen Mix aus erneuerbaren Energien die zukunftsfähige Lösung sei. Auch wenn sich das Umsteuern verzögern sollte, wäre der jetzige Ausbau von großen Kohlekraftwerken der Marke Staudinger einer Neuausrichtung der Energiepolitik mehr als hinderlich.

Dass dieses Umsteuern auch vor Ort noch Überzeugungsprozesse voraussetzt, wurde beim zweiten Gesprächstermin im Rathaus von Seligenstadt deutlich. Bürgermeisterin Dagmar B.

Nonn-Adams und der Froschhausener Joachim Giel trugen die Bedenken der Stadt gegen die Ausweisung von Seligenstädter Flächen zur Nutzung als Windenergiestandorte vor. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass die planerische Ausweisung von wirtschaftlich nicht realisierbaren Standorten unvernünftig sei und dass die Entscheidung darüber auf der Grundlage einer sachlichen Bewertung der Rahmenbedingungen stattfinden müsse. Weinrich verhehlte nicht, dass er den von Herrmann Scheer (SPD) vor-

gezeichneten Weg, die Gemeinden selbstständig entscheiden zu lassen, ob und wo auf ihrem Hoheitsgebiet Windenergieanlagen gebaut würden, als den Erfolg versprechendsten Weg sehen würde. Energiegewinnung aus Windenergie voranzubringen. Eine Vorgabe des Landesentwicklungsplanes vorausgesetzt, wäre dann auch die Regionalversammlung wieder am Zuge. Weinrich ließ keinen Zweifel daran, dass seine Fraktion den Ausbau der Windenergienutzung tatkräftig fördern wolle.